

Mehr Judenfeindlichkeit nicht erst seit den Hamas-Angriffen

Studie: Latente antisemitische Einstellungen ist besonders unter den jüngeren Menschen verbreitet – Neue Lerninhalte an Schulen gefordert

VON INGO HINZ

Nicht erst seit dem 7. Oktober 2023, aber auch anlässlich des ersten Jahrestages des Massakers der terroristischen Organisation Hamas an Hunderten Juden in Israel, fordert die Költnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (KGCJZ) mehr Engagement von Politik und Bildungseinrichtungen gegen den zunehmenden Antisemitismus in Köln und ganz Deutschland.

„Eine systematisierte Einführung von Lerninhalten an Schulen der Sekundarstufe II ist flächendeckend in ganz NRW zur Eindämmung von Antisemitismus und Rassismus dringend notwendig“, sagt der Vereinsvorsitzende Jürgen Wilhelm bei der Vorstellung des Herbstprogramms der Gesellschaft im Haus

der Evangelischen Kirche an der Kartäusergasse.

Doch nicht allein der Jahrestag des Terrors und die dadurch auch medial im Fokus stehenden Eindrücke von Fassungslosigkeit böten Anlass für diesen Appell, betonten Wilhelm sowie Marcus Maier, Geschäftsführer der Gesellschaft. Belege für eine wachsende Juden- und Israel-Feindlichkeit liefert die Dunkelfeldstudie mit dem Titel „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024“. Vorgestellt wurde sie von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) und der Antisemitismusbeauftragten der Landesregierung, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP).

Demnach sei je nach Erscheinungsform bei acht bis 25 Prozent der Menschen im Land eine „latente antisemitische Einstellung“ vorzu-

finden – insbesondere in Bildungseinrichtungen und unter Schülerinnen und Schülern im Alter von 16 bis 18 Jahren. Etwa 38 Prozent der be-

fragten Personen setzten den Staat Israel tendenziell mit der nationalsozialistischen Politik gleich. „Hier muss dringend gegengesteuert wer-

den, das vornehmlich jüngere Publikum, das seine Informationen vielfach vor allem aus sogenannten sozialen Medien bezieht, darf nicht den Fake News und Verschwörungstheorien erliegen, die dort oftmals kursieren und als Grundlage zur Meinungsbildung dienen“, sagt Maier. Die seit drei Jahren existierende Aufklärungs-Kampagne der KGCJZ unter dem Namen „Refl:act – Kein Ort für Antisemitismus und Rassismus“ setzt hier an und hat Maier zufolge mit mehr als 30 Workshops, Projekttagen und Kursangeboten bisher circa 550 Schülerinnen und Schüler im Alter von elf bis 25 Jahren an zahlreichen Gesamtschulen, Gymnasien und Berufskollegs zwischen Ruhrgebiet, Köln und Aachen erreicht. Dass die Fördermittelgeber auf Landes- und Bundesebene eine Finanzierung dieser Ini-

tiative des Vereins über das Ende des Jahres 2024 hinaus bislang nicht sicher zugesichert hätten, stimme ihn angesichts der „massiven Zunahme antisemitischer Äußerungen und Übergriffe in deutschen Klassenzimmern mehr als nachdenklich“, so Wilhelm.

Finanzierung ungewiss

Im Herbst soll das umfangreiche Programm der Költnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit weiter für das Problem des Antisemitismus sensibilisieren und dessen Eindämmung fördern. Zu den Veranstaltungen zwischen Oktober und Dezember gehören unter anderem die drei jährlich durchgeführten Formate „Erinnerung an das Novemberpogrom 1938“ sowie „Da Pacem“ und das „Forum 321“.

www.koelnische-gesellschaft.de



Marcus Meier (v.r.), Jürgen Wilhelm und Klaus Roth Foto: Michael Bause